

Partei ohne Einheitsraster : rot-grün-revolutionär

Autor(en): **Kästli, Tobias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340849>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Partei ohne Einheitsraster: rot – grün – revolutionär

Tobias Kästli, lic. phil., Historiker und freier Journalist, fragt - nicht ganz unzeitgemäss - nach den Grundwerten der SPS, und ob diese nicht vielleicht ein neues Profil nötig hätte. Er zeigt auf, wie unterschiedlich die Strömungen in der SPS sind. Diese Unterschiede sind aber auch ihre ganz grosse Chance in einer Zeit, da der Trend nach unbegrenztem Wirtschaftswachstum mit dem Wort "qualitativ" geschönt wird und der gute alte Kapitalismus glaubt, das Rennen endgültig gemacht zu haben. Gedankenarbeit bei allen Linken ist gefordert.

Von Tobias Kästli

Da sei ein recht bunter Haufen versammelt gewesen, sagte meine Sektionsgenossin, keine grauen Mäuse, sondern lauter farbige Menschen. Cornelia strahlte geradezu vor Freude, als sie vom SPS-Parteitag 1990 in Basel erzählte. Und ich kann es ihr nachfühlen.

Da machen wir politische Basisarbeit, merken, dass diese Politik eigentlich nicht viel zu tun hat mit der alten "Arbeitnehmerpolitik", nein, wir machen grüne Politik und haben dabei ein wenig ein schlechtes Gewissen, weil die SP doch, wie wir wissen, der politische Arm der Arbeiterbewegung ist.

Wir haben das Gefühl, wir seien am Rand, irgendwie ein illegitimes Kind der alten Arbeiterbewegung oder ein verräterisches gegenüber Vater und Mutter. Und dann kommen wir an den Parteitag und erfahren, dass eigentlich alle Genossinnen und Genossen diese verräterische Haltung zur Schau tragen.

Alle sind grün, natürlich auch rot, aber diese rot-grüne Mischung ist eben etwas ganz anderes als das alte Rot, das so eindeutig war, so einseitig auch. Man bekennt sich dazu, dass man nicht immer nur kämpferisch rot sein kann, nicht immer nur zielstrebig und am sogenannten Fortschritt orientiert,

sondern dass auch das komplementäre Grün, das sanftere Prinzip des Hegens und Pflagens dazugehört.

Früher schien die Gesellschaft klar geschieden in die Bürgerlichen und die Arbeiter (und, beiläufig mitgemeint, deren Frauen).

Die ersteren waren die Privilegierten: die gelben Unternehmer, die schwarzen Konservativen, die grünen Bauern. So sagte man früher, in der Zeit der vorchemischen Landwirtschaft, die Bauern seien die Grünen. Die andern, die Roten, waren die Ausgebeuteten plus diejenigen, die sich trotz ihrem mehr oder weniger privilegierten Stand mit den Ausgebeuteten solidarisierten. Die Haltung der Roten war aggressiv und plakativ. Sie besagte: Wir sind rot, und wer eine andere Farbe trägt, ist unser Feind. Bis heute gibt es diese rote Haltung: bei den echten Unterprivilegierten, den Fremdarbeitern, den Flüchtlingen aus Drittweltländern, sogar bei manchen Schweizerinnen und Schweizern. Aber die Sozialdemokratische Partei ist längst nicht mehr so; ihr ehemaliges aggressives Rot verblasste im Laufe ihrer hundertjährigen Geschichte zu einem zuckersüssen Rosarot, von dem es vielen Genossinnen und Genossen schlecht wurde; und als dann da und dort an der Basis das leuchtende Rot wieder entdeckt wurde, da schob sich auch ein lebens-

kräftiges Grün daneben, und die erstarrte Partei kam wieder in Bewegung.

Die parteiinterne Revolution

Eine rot-grüne Partei sind wir also geworden, nicht auf einen Schlag, sondern in einem langen Prozess. Die heutige Partei hat nicht mehr viel Gemeinsames mit der Partei von 1888, auch nicht mit derjenigen von 1920 oder von 1935 oder von 1959. Eine Revolution hat stattgefunden, eine parteiinterne Revolution.

Und die gesellschaftliche Revolution, hat sie auch stattgefunden? Selbstverständlich. Und sie findet immer noch statt. Seit bald zweihundert Jahren leben wir in einer permanenten Revolution, angetrieben von technisch-wissenschaftlichen Neuerungen, die Produktion und Konsum vollständig umgewälzt haben und damit auch unsere Werterhaltungen und die Art unseres Zusammenlebens.

Aber es gibt noch eine engere Definition von Revolution, und wenn wir sie zum Massstab nehmen, hat es in der Schweiz natürlich schon lange keine Revolution mehr gegeben. Nach dieser anderen Definition ist Revolution der gewaltsame Umsturz der bestehenden Herrschaftsverhältnisse und die Errichtung einer Herrschaft der aufstrebenden Arbeiterklasse; unter den neuen Herrschaftsverhältnissen werden die Produktionsverhältnisse so umgestaltet, dass Herrschaft und Ausbeutung grundsätzlich unmöglich werden: es entsteht das Reich der Freiheit. Eine solche Revolution strebten die Sozialisten und Kommunisten in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts an.

Aber es gab auch die Skeptiker. Der Grütlianer und Zürcher Pfarrer und

spätere SP-Stadtrat Paul Pflüger schrieb schon 1919 im "Handbuch des schweizerischen Gemeindesozialismus", das er zusammen mit Paul Hüppy herausgab: "Während der frühere Sozialismus den Blick auf die leitenden Ziele der völligen Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung richtete und zusa-gen nur die Überführung der Produktionsmittel in die Hand des ganzen Volkes diktierte, haben die Vertreter des Sozialismus einsehen gelernt, dass das Ziel der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel infolge der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, der Anpassungsfähigkeit der Unternehmer und infolge einer gewissen Trägheit der Massen in die Ferne gerückt ist, dass nur etappenweise, ja Schritt für Schritt, der Boden den übermächtigen Gegnern abgerungen werden muss." Pflüger glaubte, die reformistische Gegenwartsarbeit müsse vor allem auf Gemeindeebene stattfinden und Gebiete beschlagen wie Verbesserung der öffentlichen Dienste, Verbesserung des Schulwesens, Einrichtung von Kinderhorten, Mütterberatungsstellen, öffentlichen Bibliotheken und andern Kultureinrichtungen, den kommunalen Wohnungsbau und die Förderung des Genossenschaftswesens durch die Gemeinde. So sollte von unten her die sozialistische Gemeinwirtschaft nach und nach entwickelt werden und über die roten Gemeinden hinaus auch die Kantone und den Bund erfassen.

Reform oder Revolution?

Andere sahen in der Politik der kleinen Schritte die Gefahr der Klein-kariertheit, des Versumpfens im Alltagskram und in opportunistischer Anpassung an die Interessen des Kapitals. "Reform oder Revolution?" - diese Frage beherrschte die Theorie-diskussion in der Zeit nach der Russi-

schen Revolution von 1917. Robert Grimm, Präsident der starken bernischen Kantonalpartei, wandte sich in seiner 1919 publizierten Schrift "Revolution und Massenaktion" sowohl gegen die dogmatischen Revolutionäre wie auch gegen eingeschworene Reformisten. Die Lebenswirklichkeit schliesse ein scharfes Entweder/Oder aus: "Das Leben ist stärker als alle schiefen Doktrinen; und dieses geschichtliche Leben sagt, dass es falsch ist, zu behaupten, *nur* die gewaltsame Revolution führe die Arbeiterklasse zum Sozialismus; und ebenso falsch die Behauptung, *nur* auf dem Weg der Reform und der Evolution sei der Sozialismus zu verwirklichen." Damit formulierte Grimm die sogenannte zentristische Position, das heisst eine Vermittlerposition zwischen den Reformisten und der revolutionären Parteilinken, die sich eben zu jenem Zeitpunkt als Kommunistische Partei abzuspalten drohte. Grimms Zentrismus prägte stark die Haltung der SPS. Einerseits ging es Grimm um eine taktische Position, die die Parteieinheit sichern sollte; andererseits ging es darum, etwas von der Kraft der revolutionären Haltung auch in die resignative Zeit nach dem verlorenen Generalstreik hinüber zu retten. Praktisch führte der Zentrismus dann dazu, dass die SPS, die in ihren Taten längst reformistisch bis opportunistisch war, krampfhaft ein revolutionäres Vokabular beibehielt.

Die SPS wurde zur Reformpartei, auch wenn sie noch bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs den revolutionären Schein teilweise aufrecht erhielt. In den Nachkriegsjahren aber, als das Sozialprodukt rasch wuchs und auch die Arbeiterschaft vom grösser werdenden Kuchen grössere Stücke zugeteilt erhielt, warf die SPS alles über Bord, was sie bei den Bürgerlichen verdächtig machen konnte. Im Rahmenprogramm von 1959 bekannte sie

sich zur privatkapitalistischen Wachstumswirtschaft, die ihr am besten geeignet schien, den Wohlstand für alle herzustellen. Jetzt war die SPS eben jene rosarote Zuckerpartei, der eine brave reformistische Haltung sozusagen zum Selbstzweck wurde, weil sie sich in dieser Haltung immer wieder bestätigt und belohnt sah.

Neue Verunsicherungen

Das Weltbild der Zweitwelkriegszeit hielt nicht mehr zusammen: Es kam zum Aufbruch der Achtundsechziger, die Länder der Dritten Welt machten sich immer stärker bemerkbar; dann kam die Rezession der siebziger Jahre, die den Glauben daran zerstörte, der Kapitalismus sei dank Keynes' Theorie der antizyklischen staatlichen Finanzpolitik krisenfrei geworden. Wichtiger noch war aber die Überlagerung der ökonomischen durch die ökologische Sichtweise. Das Waldsterben war eine konkrete Warnung vor dem unbegrenzten Wachstum. In der SPS besann man sich wieder auf die Kritik am Kapitalismus, und am Parteitag 1976 in Montreux erhielt die Geschäftsleitung den Auftrag, ein neues Parteiprogramm ausarbeiten zu lassen, das einen Weg zur Überwindung des Kapitalismus und zur Errichtung des Sozialismus in der Schweiz aufzeigen sollte. Eine Arbeitsgruppe mit Peter Bichsel, Arnold Künzli, François Masnata, Elsbeth Schild, Otto F. Walter, Christoph Berger und Rolf Niederhauser machte sich ans Werk und legte 1980 einen Entwurf vor, der konsequent auf der Idee der selbstverwalteten Betriebe und der Neutralisierung des Kapitals aufbaute. Dieses konsistente Programm wurde von der Geschäftsleitung als zu schmalspurig abgelehnt: Ein Parteiprogramm müsse auf eine breitere Basis abstellen. Der Parteitag von Lugano 1982 verabschiedete dann eine Reihe von Grundsätzen und Standortbestimmungen, die

es allen Strömungen innerhalb der Partei ein wenig recht machten. Dieses Luganeser Programm nimmt scheinbar wieder eine revolutionärrere Perspektive auf, indem nämlich im 6. Kapitel die "Überwindung des Kapitalismus" postuliert wird. Allerdings heisst es da nicht, wir wollten durch diese und jene Massnahmen auf die Überwindung des Kapitalismus hinarbeiten, sondern es heisst einfach: "Durch die Überwindung des Kapitalismus wollen wir die Vorherrschaft der Ökonomie über den Menschen aufbrechen." Das ist ein Allergeweltssatz, der gar nichts verdeutlicht, sondern eigentlich nur den Zweck hat, dem Auftrag des Parteitages von Montreux formal gerecht zu werden. Im 13. Kapitel, wo es um "Methoden der Durchsetzung" geht, heisst es: "Die direkte Demokratie (Initiativen, Referenden) kann mithelfen, Folgeerscheinungen des kapitalistischen Systems bewusst zu machen und für ihre Beseitigung über Parteigrenzen hinweg Mehrheiten zu gewinnen." Es geht also nicht um die Beseitigung unerwünschter Folgeerscheinungen. Der Kapitalismus ist die Megamachine, die man nicht beseitigen kann, deren Funktionieren man aber durch Herumschrauben an diesem oder jenem Teil glaubt verbessern zu können. Das ist lauwarmer Reformismus, der der Stimmung des Parteitages von 1976 in keiner Weise Rechnung trägt. Zum Glück, könnte man heute sagen, liessen wir uns von der antikapitalistischen Hetze der siebziger Jahre nicht hinreissen, zum Glück blieben wir auf dem Boden des Reformismus, den wir erst nach Jahrzehnten und nach manchen parteiinternen Zerreihsproben erreichten. Wie stünden wir denn heute, nach dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" in den Oststaaten, da, wenn wir in unserem Parteiprogramm immer noch revolutionäre beziehungsweise antikapitalistische Ziele postulierten? Die SPS ist eine demo-

kratische Partei und deshalb auch eine Reformpartei, denn nur der Reformismus verträgt sich mit einer demokratischen Grundhaltung. Das scheint festzustehen, das scheint irgendwie ein allgemeiner Konsens zu sein.

Schwieriger Reformismus

Trotzdem ergeben sich immer wieder Schwierigkeiten mit dem Reformismus. Der eingangs erwähnte bunte Haufen der Parteimitglieder empfindet die reformistische SP-Politik oft als grau und schwunglos. Die kleinen politischen Reformschrittchen hinken hinter den grossen Schritten der wirtschaftlichen Entwicklung nach. Wir propagieren den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, weil wir hoffen, das führe zu einer Umlagerung vom Privatverkehr auf den öffentlichen Verkehr, und dadurch werde unsere Atemluft wieder sauberer; dann stellen wir fest, dass zwar der öffentliche Verkehr wächst, dass immer noch massenhaft neue Autos in den Verkehr gesetzt werden, dass trotz Katalysator die Luftbelastung zunimmt. Auch der Flugverkehr nimmt gewaltig zu, zur Ferienzeit gibt es Rückstaus auf den Flughäfen; aber das führt nicht zu einer Abnahme des Verkehrs, sondern führt dazu, dass die Verkehrsminister der Industriestaaten darüber beraten, wie die Kapazitäten bis zum Jahr 2000 in grossem Stil ausgebaut werden können.

Wir wissen, dass die Anhäufung von Reichtümern in den Industriestaaten mit wachsender Armut in andern Weltgegenden einhergeht. Wir lesen täglich Katastrophenmeldungen, die davon zeugen, dass unsere Art des Wirtschaftens die Lebensgrundlagen der Erdbevölkerung zerstört. Wir hören von der Notwendigkeit des Umdenkens und des Umlenkens; aber

die Fahrt geht mit erhöhter Geschwindigkeit weiter: Wir werden fortgepeitscht von den Korrekturmassnahmen, die die Reformisten einleiten, um die unerwünschten "Folgeerscheinungen des kapitalistischen Systems" zu beseitigen, Korrekturmassnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem ständig in Atem halten und dazu antreiben, noch raffinierter, noch effizienter zu werden, wobei dann unfehlbar wieder neue, noch perfidere "Folgeerscheinungen" zutage treten. Der Reformismus bringt es nicht; aber eine andere als eine reformistische Haltung scheint aufgrund unserer geschichtlichen Erfahrungen mit den Folgen der Russischen Revolution schlicht unvernünftig. Das ist unser Dilemma. Aber gehen wir noch einmal zurück in die zwanziger Jahre und zum Zentrismus Robert Grimms, zu seinem Lavieren zwischen Revolutionären und Reformisten. Man kann den Zentrismus als bloss taktische Position ansehen. Genau besehen war er aber mehr. Ich will es am Beispiel eines zentristischen Gemeindesozialismus aufzeigen.

Die roten Gemeinden

Gemeindesozialismus oder Kommunalismus war die durchdachtste sozialdemokratische Reformpolitik der zwanziger Jahre. Es war der Versuch, auf der Basis einer sozialdemokratischen Behördenmehrheit die Gemeinde zu einem echten sozialistischen Gemeinwesen umzugestalten. La Chaux-de-Fonds nach 1912, Biel nach 1921, Zürich nach 1928, Lausanne nach 1934 und Basel nach 1935 experimentierten mit dem Gemeindesozialismus. Die hochgespannten Erwartungen wurden längst nicht alle erfüllt, aber die Leistungen dieser roten Gemeinden waren doch beachtlich.

Das rote Biel, unter der umsichtigen Leitung von Stadtpräsident Guido

Müller, entwickelte sich im Laufe der zwanziger Jahre vom verschuldeten und politisch zerrütteten Provinzstädtchen zum vielbeachteten Vorbild sozialdemokratischer Aufbaupolitik. Nach zehn Jahren mit einer roten Mehrheit waren die Bieler Finanzen wieder gesund, die öffentlichen Einrichtungen wirtschaftlicher und sozialer Art waren gestärkt, Strassen und Plätze waren saniert, und ganze Quartiere wurden im Stil des "neuen Bauens" errichtet. Aus heutiger Sicht mag man kritisieren, dass die Gemeindesozialisten damals meinten, der technische und bauliche Fortschritt trage selbstverständlich auch den sozialen Fortschritt in sich. Dieser Glaube hat sich inzwischen als Irrtum erwiesen. Aber Tatsache ist, dass ältere Genossinnen und Genossen, die sich an jene Zeit erinnern, heute noch schwärmen vom optimistischen Geist, der damals herrschte. Woher kam jener Optimismus?

Er kam daher, dass die Reformschritte der sozialdemokratischen Gemeindepolitik eingebettet waren in ein Gesamtkonzept. Jeder noch so kleine Reformschritt schien auf das revolutionäre Ziel ausgerichtet zu sein. Jede soziale Reform, jede Stärkung des Gemeinwesens und des Gemeinschaftsgeistes verstand man gleichzeitig als Zurückdrängung der privatkapitalistischen Ausbeuterwirtschaft. Man glaubte, dass die planmässige Steuerung der Wirtschaft durch die politischen Instanzen möglich sei und dass dies zu einer gerechteren Gesellschaft führen müsse. Man bewahrte im Herzen die revolutionären Hoffnungen, nicht die Hoffnung auf den plötzlichen Umsturz, sondern darauf, dass die Umgestaltungsmassnahmen einen Sinn hätten, dass Staat und Wirtschaft allmählich umgebaut würden, so dass schliesslich etwas Neues dastehen würde. Die gesellschaftlichen Verhältnisse würden grundlegend anders aussehen.

Das revolutionäre Ziel wurde von der SPS letztmals formuliert im Programmzusatz "Die neue Schweiz" vom Dezember 1942, der die Förderung des Genossenschaftswesens, den Aufbau der Wirtschaft in Selbstverwaltungskörperschaften, die weitgehende Vergesellschaftung der Banken, der Industrie und der Dienstleistungsbetriebe und die planmässige Lenkung der Wirtschaft forderte. Was "Die neue Schweiz" postulierte, ist längst veraltet. Dieses Programm war eine Frucht der Weltwirtschaftskrise. Auch wenn ich darin Sätze finde, die mich durchaus ansprechen - zum Beispiel in bezug auf die Demokratisierung der Wirtschaft -, so amtet es doch insgesamt den Geist der Vergangenheit. Was wäre das Neue? Woran können sich unsere revolutionären Hoffnungen heute festmachen, die Hoffnungen, die erst einer sozialdemokratischen Reformpolitik Sinn und Rechnung zu geben vermögen?

Wachstum als Problem des Kapitalismus

SGB-Sekretär Beat Kappeler hat am 23. Februar 1990 in der "Berner Tagwacht" einen interessanten Artikel zur Wesensveränderung des Kapitalismus veröffentlicht. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise sei der klassische Kapitalismus eingebrochen, und seither habe ein grundlegender Wandel zum Interventions- und Wirtschaftslenkungsstaat begonnen. Unser heutiges Wirtschaftssystem habe nicht mehr viel gemeinsam mit dem zu Beginn unseres Jahrhunderts, Kapitalismus als Wirtschaftssystem einer starren Klassengesellschaft sei zu Ende. Allerdings, räumt Kappeler ein, sei der Kapitalismus als Prinzip der Kapitalvermehrung durch unablässiges Wirtschaftswachstum intakt geblieben. Und genau diese Seite des Kapitalismus ist es, die unsere Lebensgrundlagen bedroht.

Das Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten, in denen sowieso schon übermäßig konsumiert wird, ist heute das zentrale Problem, nicht die Frage des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Eigentlich wissen wir es alle, und die Forderung, das quantitative Wirtschaftswachstum müsse aufhören, leuchtet uns ein. Wir kennen auch eine Reihe von Instrumenten, die zum Umbau der räuberischen und umweltzerstörenden Wachstumswirtschaft in eine zyklisch organisierte, also sich selber ständig erneuernde, aber nicht wachsende Wirtschaft fördern können: Lenkungsabgaben, Energiesteuer, Ökobonus usw.

Es käme darauf an, das Ziel der zyklisch organisierten Wirtschaft klar zu propagieren und nicht durch das Schlagwort vom qualitativen Wachstum zu vernebeln. Es hat sich nämlich gezeigt, dass fast alles, was als qualitatives Wachstum angepriesen wird, im Endeffekt wieder quantitatives Wachstum ist. Ein Musterbeispiel ist die Förderung des öffentlichen Verkehrs, eine sozialdemokratische Lieblingsidee, die noch nie zu einer Verminderung des Verkehrs geführt hat. Also: Wachstumsstopp! Das ist eine Forderung, die mindestens so revolutionär ist wie die alte Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Wir wissen, dass wir diesen Stopp nicht gewaltsam erzwingen können; aber wir müssen Strategien entwickeln, die in diese Richtung weisen: ein Reformprogramm mit revolutionärem Ziel. Zu diesem Reformprogramm gehört zum Beispiel der Ausstieg aus der Atomenergie, der Ausstieg aus der militärischen Hochrüstung, die Einschränkung des Autoverkehrs, die Zurückgabe eines Teils des öffentlichen Raums an die Kinder, das Verbot gewisser giftiger Stoffe usw. Alles Forderungen, die längst bekannt und als vernünftig erkannt sind. Wir müssten sie nur

ernster nehmen, als Schritte in Richtung unserer revolutionären Hoffnungen gewichten, und sie nicht bei jeder Gelegenheit wieder zurücknehmen.

Ein neues Programm

Ein neues, revolutionäres, an ökologischen Zielen orientiertes sozialdemokratisches Programm müsste nicht im Sinne früherer Parteiprogramme als etwas Endzielhaftes formuliert werden. Eine Schwäche der alten Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel war ja, dass sie so tat, wie wenn im Moment ihrer Verwirklichung alle Probleme ein für allemal gelöst seien. Als man dann am Beispiel des "real existierenden Sozialismus" merkte, dass dem nicht so war, brach der ganze Glaube zusammen, und man wollte überhaupt nichts mehr wissen von revolutionären Forderungen. Wenn wir heute wieder revolutionäre Forderungen zu formulieren beginnen, sollten wir es im Bewusstsein tun, dass auch diese sich, schneller als erwartet, wieder ändern könnten.

Früher wurde Sozialismus verstanden als ein neues, gerechtes Gesellschaftssystem. Sozialisten waren Systemdenker. Das war eine Stärke, konnte aber auch zur Schwäche werden, wenn eben das System als etwas Fixes und etwas Endgültiges gedacht wurde. Sozialismus kann nur lebendig bleiben, wenn hinter dem Systemdenken noch etwas anderes steckt, nämlich eine von bestimmten Grundwerten geprägte Haltung. Der lebendige, rot-grüne Sozialismus, der "Sozialismus des bunten Haufens", ist letztlich kein System, sondern eine Haltung.

Sozialisten und Sozialistinnen von heute sind nicht Parteimitglieder, weil sie von einem noch so gut formulierten Parteiprogramm angezogen wor-

den wären, sondern weil sie glauben, mit Hilfe dieser Partei am ehesten ihren innersten Grundüberzeugungen nachleben zu können. Sie verstehen Sozialismus wörtlich als Gemeinschaftlichkeit. Sie glauben nicht an Sinn und Notwendigkeit des Kampfes aller gegen alle; sie glauben nicht an ein ehernes Gesetz, nach dem sich im brutalen Lebenskampf das Tüchtigere und das Höherentwickelte gegen das Schwache und das Lebensunwerte durchsetzen muss; sondern sie glauben an die Solidarität, die allen eine Chance geben will, die allen, nicht nur den Stärksten, persönliche Freiheit und garantierte Menschenrechte zugestehen will; sie glauben daran, dass wir besser leben, wenn wir Formen und Kräfte der Natur fördern und nicht zerstören. Aus diesem Glauben an bestimmte Grundwerte wächst eine revolutionäre Haltung, die politisch wirksam werden kann, im Moment wohl am stärksten im ökologischen Sinn.

Ende April 1990 wurde im Rahmen der SPS-Bildung zum drittenmal der Kurs "Grundlagen der SP - ein Einstieg in die Diskussion um unsere Werte" durchgeführt. 25 Teilnehmer und Teilnehmerinnen diskutierten über die Geschichte der Sozialdemokratie, über die verschiedenen Strömungen innerhalb der SPS, und befragten Vertreter und Vertreterinnen dieser Strömungen zu ihren persönlichen Ansichten und Werthaltungen. Als Auskunftsperson für den Feminismus war Nationalrätin Gret Haller da. Sie gab zu erkennen, dass es ihr heute nicht mehr so wichtig sei, sich als Feministin zu etikettieren, dass Feminismus und Sozialismus selbstverständlich zusammengingen, dass sie insbesondere die Vernetzung erkenne zwischen Feminismus, religiösem Sozialismus und Anarchismus. Willy Spieler, Redaktor der "Neuen Wege" und Vertreter des religiösen Sozialismus, meinte, die Grundwerte

des religiösen Sozialismus, des Feminismus und des Anarchismus stimmen weitgehend miteinander überein. Der Historiker Jakob Tanner, der dem Marxismus immer noch viel abgewinnen kann, erzählte ebenfalls von enger Zusammenarbeit mit religiösen Sozialisten. Und der Pragmatiker und Expertokrat Rudolf Strahm plädierte für die Einsetzung einer Grundwertekommission in der SPS, weil er offenbar der Meinung ist, dass die Auseinandersetzung mit den Grundwerten, und nicht der Streit um die im einzelnen richtigen oder falschen Massnahmen, die Brücken schaffe, die zu einem linken Bündnis und zur Stärkung grün-roter Politik führen.

Es gibt in unserer Partei viele unterschiedliche Strömungen, und sie formulieren ihre revolutionären Ziele jeweils anders. Die Feministinnen wollen das Patriarchat überwinden, und sie finden, die heutige zerstörerische Wirtschaftsordnung sei nur ein Teilaspekt des Patriarchats. Den Marxisten geht es immer noch in erster Linie um die Kritik an der Herrschaft des Kapitals. Die Anarchisten glauben, dass die Freiheit und Kreativität des Menschengeschlechts wächst und das Selbstzerstörungspotential schrumpft, wenn Herrschaft in allen ihren Formen und bei jeder Gelegenheit in Frage gestellt wird. Die religiösen Sozialisten setzen sich ein für den Abbau struktureller Gewalt, für Demokratisierung und Selbstverwaltung. Das alles passt zusammen, ohne dass es einem Einheitsraster der Partei unterworfen werden müsste. Denn hinter allem steht die grosse Utopie, die im religiösen Sozialismus "Das Reich Gottes" heisst oder konkreter: Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Das ist der Leitstern; und auch, wer sich nicht als religiös empfindet, wird seine revolutionären Hoffnungen an einem solchen Leitstern orientieren.

Bruno Kreisky – ein Mann mit Mut zum Frieden

Ein Mann mit Mut, ein Europäer aus Überzeugung, ein grosser Sozialist ist im Alter von 80 Jahren gestorben.

Unser Kontinent, die Sozialistische Internationale und alle Demokraten haben eine Persönlichkeit verloren. Ich erinnere mich an meine letzte Reise nach Wien vor einigen Wochen: in Nussdorf, das kleine, hellgrüne Haus mit zwei Stockwerken, vor den Fenstern des Erdgeschosses dicke Schutzvorrichtungen aus Glas und Eisen gegen mögliche Attentate. Die Gewalt hat Kreisky sein ganzes Leben lang begleitet: Mit 15 Jahren kannte der junge, rebellische Sohn eines Industriellen die blutigen Strassenschlachten zwischen Jungsozialisten und neuen, faschistischen Gruppierungen (1926/27). März 1936: Durch das Regime Schuschnigg in Isolationshaft gefangen, hält er vor dem Pseudogericht eine flammende Verteidigungsrede zu seinen demokratischen Vorstellungen und jenen seiner Mitangeklagten. Flucht nach Schweden; wie durch ein Wunder und in letzter Minute gerettet: Den nationalsozialistischen Henkern gelingt es nicht, diesen Kopf mit rotem Zaushaar zu beseitigen.

Ausserordentlich, sein Schicksal als Staatsmann. 1955: Als Mitarbeiter von Raab, ist er in Moskau federführend beim österreichischen Staatsvertrag, der den Rückzug der sowjetischen Truppen und die Neutralisierung und Befreiung Österreichs garantiert. Kanzler des Ballhausplatzes, in den wuchtigen Barockbüros, von 1971 bis 1983. Aber wer kennt die diskrete und persönliche Hintergrundarbeit zugunsten der anonymen Opfer? Mit seinen Freunden Willy Brandt, Thor-

wald Sollenberg, Peter Jankovitsch (sein bevorzugter Schüler) arbeitete er unermüdlich für die Befreiung der Sandinisten Nicaraguas. Kreisky war Jude, Agnostiker und, wie Martin Buber und Elie Wiesel, geprägt durch den Humanismus, den Sinn für Gerechtigkeit und durch die hebräische Tradition. Der brutale Angriff durch die gegenwärtige und vergangene Regierung Israels auf das palästinensische Volk konnte er nicht tolerieren.

Eine letzte Erinnerung: Wie André Chavanne, Olof Palme, Pierre Schorri und viele andere Sozialisten demokratischer Tradition, war er militant (ein archaisches Wort!). Trotz den schmerzhaften und andauernden Folgeerscheinungen eines schweren Unfalles - er konnte sich nur mühevoll am Stock fortbewegen -, trotz einer Dialyse, konnten alle unter uns, auch seine fernen Freunde, ihm nach Mallorca telefonieren, wo er seit 1983 die meiste Zeit lebte, oder eine Nachricht hinterlassen bei der treuen Margrit Schmitt am Schwarzenbergplatz. Anrufe mitten in der Nacht, um einen verletzten Kameraden aus Salvador, einen von Flugplatz zu Flugplatz irrenden kurdischen oder afrikanischen Flüchtling zu evakuieren ..., und einige Tage später höre ich seine heisere Stimme mit seinem ausgeprägten österreichischen, warmen Akzent am Telefon: "Du kannst den österreichischen (oder schwedischen oder norwegischen) Botschafter in Genf anrufen, das Problem unseres Kameraden ist gelöst."

Es gibt viele Sterne am Himmel, aber der Tod von Kreisky macht die Natur dunkler.

Jean Ziegler